



Baden-Württemberg

Ministerium für Verkehr



# FÖRDERUNG VON PERSONALKOSTEN ZUR NACHHALTIGEN MOBILITÄT IN STÄDTEN UND LANDKREISEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

## Antrag Mobilitätspass

**BITTE BEACHTEN SIE:** EINE FÖRDERUNG IST AUSGESCHLOSSEN, WENN VOR DEM VORLIEGEN DES ZUWENDUNGSBESCHEIDES MIT DER MASSNAHME BEGONNEN, D. H. DIE STELLE BEREITS IM HAUSHALT ODER IM STELLENPLAN ENTHALTEN ODER EIN ARBEITSVERTRAG BEREITS UNTERSCHRIEBEN IST!

<p><u>Bitte beachten Sie unbedingt:</u></p> <p>Nur vollständig ausgefüllte Anträge können bearbeitet werden!</p> <p>Unvollständige Angaben führen zwingend zu Rückfragen und damit zu einer Verzögerung der Antragsbearbeitung.</p> <p>Fragen zu den Anträgen richten Sie bitte an die KEA-BW: E-Mail <a href="mailto:personalstellen-mobilitaet@kea-bw.de">personalstellen-mobilitaet@kea-bw.de</a> oder Tel. (0721) 9 84 71 - 0</p> <p>Vielen Dank!</p>	<p>Antrags-Nr.:</p>         <p>[wird von der KEA-BW ausgefüllt]</p>
---	--

**1      Angaben zum Antragstellenden**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Antragstellender (vollständiger Name)

\_\_\_\_\_

Kunden-Nr. L-Bank (sofern bereits vorhanden)

**Adresse** (juristischer Sitz):

\_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_

PLZ, Ort

**Bankverbindung:**

\_\_\_\_\_

Kreditinstitut

\_\_\_\_\_

IBAN

**Ansprechperson** (beim Antragstellenden):

\_\_\_\_\_

Name, Vorname, Titel

\_\_\_\_\_

Amt / Bereich / Abteilung / Funktion

\_\_\_\_\_

Telefon (Durchwahl)

\_\_\_\_\_

E-Mail

**ggf. Bestätigung (zwingend für Antragstellenden ≠ Stadt- oder Landkreis, Stadt oder Verwaltungsgemeinschaft):**

Der Stadt-/Landkreis/Die Kommune \_\_\_\_\_ ist mit der Antragstellung einverstanden.

\_\_\_\_\_

Rechtliche Vertretung des Kreises/Kommune

\_\_\_\_\_

Funktion

<Stempel>

\_\_\_\_\_

Rechtsverbindliche Unterschrift

## 2 Angaben zum Vorhaben

**Geplant ist die Schaffung der folgenden Personalstelle mit den genannten Aufgaben:**

Mobilitätspass

Aufgaben: Steuerung, konzeptionelles Arbeiten, Projektgruppen- / Arbeitsgruppensteuerung in der Kommune, Dialog und Beteiligung der Kommunalpolitik und lokaler Anspruchsgruppen, Ausschreibung, Beauftragung und Steuerung etwaiger externer Dienstleistungen und Gutachten für fachlich-konzeptionelle und technische Vorbereitungen, rechtliche Vorbereitungen sowie Vorbereitungen und Durchführungen für Konzepte und Formate im Bereich der Kommunikation und Beteiligung, Erfolgskontrolle, Berichterstattung und Dokumentation. Die vollständige Aufgabenbeschreibung ist den Grundsätzen zur Förderung zu entnehmen.

**Bestätigungen** (obligatorisch):

- Die hier beantragte Stelle wird gemäß den *Grundsätzen zur Förderung von Personalkosten zur Nachhaltigen Mobilität in Städten und Landkreisen in Baden-Württemberg* zusätzlich geschaffen und besetzt und war bisher noch nicht im Haushalt oder im Stellenplan des Kreises enthalten. Ein Arbeitsvertrag wurde und wird bis zum Vorliegen des Zuwendungsbescheides noch nicht geschlossen. Der/Die Stelleninhaber/in wird der hier beantragten Stelle persönlich zugeordnet und wird sich weit überwiegend (80 % der regulären Arbeitszeit) den oben genannten Aufgaben widmen. Er/Sie kooperiert mit dem VM und nachgeordneten Stellen, nimmt an Netzwerkveranstaltungen teil, verwendet die vom Land zur Verfügung gestellten Materialien und dokumentiert seine/ihre Arbeit.
- Die hier beantragte Stelle wird für vier volle Jahre geschaffen und besetzt.
- Die Finanzierung der hier beantragten Stelle wird sichergestellt.
- Es wird bestätigt, dass für die Personalstellenförderung andere parallele Fördermittel des Bundes bislang nicht beantragt wurden. Sollten wir dies beabsichtigen, werden wir die KEA-BW unverzüglich darüber in Kenntnis setzen. In diesem Fall ist uns bewusst, dass ggf. eine Anpassung der Förder-summe erfolgt.
- Es wird bestätigt, dass eine politische Absichtserklärung des zuständigen kommunalen Gremiums unter Angabe der voraussichtlich favorisierten Mobilitätspassvariante (entweder für Einwohnerinnen/ Einwohner oder für Kfz-Halterinnen/ Kfz-Halter) vorliegt. Der Gremienbeschluss mit Absichtserklärung ist dem Antrag beizufügen und kann vorbehaltlich der im Rahmen der Zuwendung durchgeführten Untersuchungsergebnisse getroffen werden.

## 3 Stellenanteil, Eingruppierung und beantragte Förderung

**Beantragte Förderung Mobilitätspass:**

Höherer Dienst:

_____ % Stellenanteil x 85.500 €/Jahr (50 % bis 100 %)	(höherer Dienst, TVöD 13)	x 2 Jahre (Förderzeitraum)	= _____ € (minimal 85.500 €; maximal 171.000 €)
---	---------------------------	-------------------------------	---

oder

Gehobener Dienst:

_____ % Stellenanteil x 82.250 €/Jahr (50 % bis 100 %)	(gehobener Dienst, TVöD 9b bis 12)	x 2 Jahre (Förderzeitraum)	= _____ € (minimal 82.250 €; maximal 164.500 €)
---	------------------------------------	-------------------------------	---

#### 4 Erklärung des Antragstellenden

Ich beantrage eine Förderung gemäß den beiliegenden Unterlagen und auf der Grundlage der mir bekannten Grundsätze zur Förderung.

Ich bestätige, dass die vorstehenden und in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben die Rückforderung des bewilligten Zuschusses zur Folge haben können. Änderungen und Abweichungen vom Antrag sind dem Fördergeber unverzüglich mitzuteilen.

Ich erkläre, dass andere Fördermittel des Landes Baden-Württemberg nicht in Anspruch genommen werden. Ich bestätige, dass die Finanzierung der Stelle sichergestellt ist.

**Ich erkläre, dass vor dem Vorliegen des Zuwendungsbescheides nicht mit der beantragten Maßnahme begonnen wird (Stellen noch nicht im Haushalt und im Stellenplan enthalten / noch kein Arbeitsvertrag abgeschlossen)!** Mir ist bekannt, dass die Förderung ansonsten im Nachhinein zwingend widerrufen werden muss.

Mir ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben und hierzu beigefügte Anlagen für die Bewilligung und Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Bestehen der Finanzhilfe subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind. Mir ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 Strafgesetzbuch bekannt.

Ich willige ein, dass die in den Antragsunterlagen enthaltenen Daten und Informationen zum Zweck der ordnungsgemäßen Bearbeitung elektronisch verarbeitet und gespeichert werden. Zudem sind das VM oder von ihm beauftragte Institutionen befugt, die Daten und Informationen auszuwerten und die Ergebnisse dieser Auswertungen in anonymisierter Form zu veröffentlichen. Auf die Datenschutzerklärung des Ministeriums für Verkehr wird hingewiesen.

**Ort, Datum**

**Rechtswirksame Unterschrift des Antragstellenden**

x \_\_\_\_\_

x \_\_\_\_\_